

## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

Daniel Ennöckl

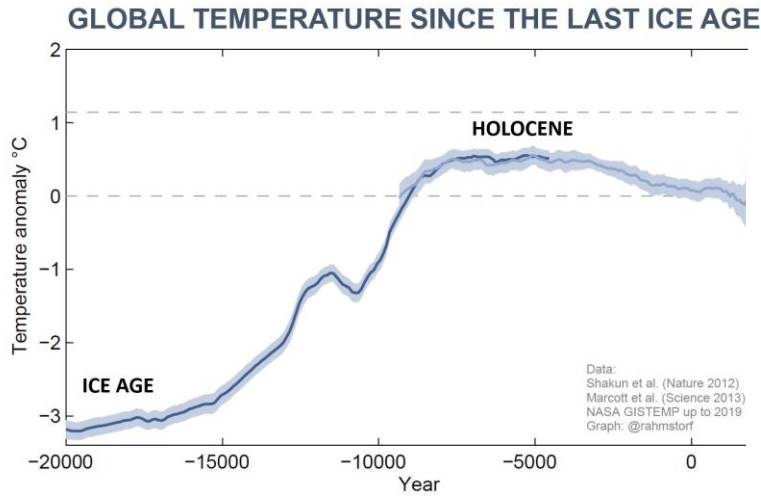
Universität für Bodenkultur Wien

## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

*„Die Rolle des Verfassungsrechts bei der Bewältigung der Klimakrise kann nur verstehen, wer die Klimakrise selbst versteht.“*

*Kloepfer/Wiedmann, HU Berlin, DVBl 2021, 1333*

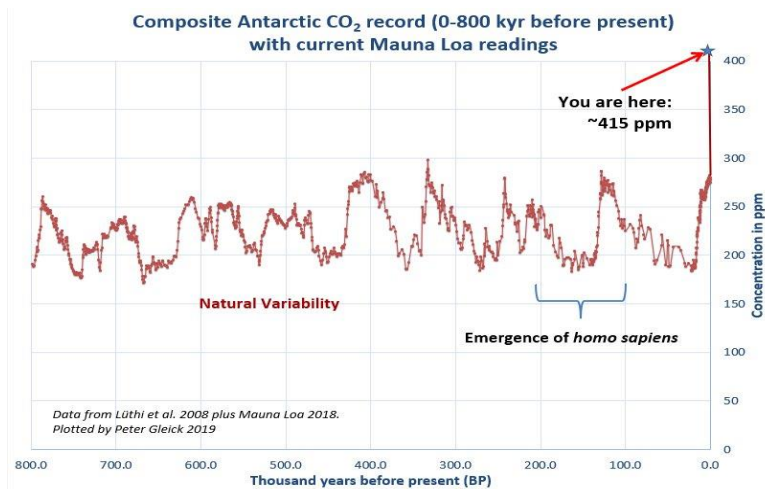
## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise



Source: [twitter.com/rahmstorf/status/1220699044181368838?s=20](https://twitter.com/rahmstorf/status/1220699044181368838?s=20)



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- B-VG, StGG 1867 und EMRK kennen kein Recht auf Umweltschutz
- Grundrechtskataloge sind anthropozentrisch konzipiert
- EGMR: keine Bestimmung der EMRK räumt einen Anspruch auf Schutz der Umwelt oder Bewahrung der Natur ein
- aber EGMR-Judikatur zur Frage der Vereinbarkeit von Umweltbeeinträchtigungen mit Grundrechten



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- einschlägig in erster Linie Art 8 EMRK
- schwere Umweltverschmutzungen können den ungestörten Genuss der Wohnung und die physische Integrität des Menschen beeinträchtigen
- versäumt ein Staat, ausreichende Maßnahmen zum Schutz vor gesundheitsbeeinträchtigenden Umwelteinwirkungen zu setzen, greift dies in Art 8 EMRK ein (Fälle López Ostra, Guerra, Hatton)
- im Fall Öneriyildiz Verletzung von Art 2 EMRK (Methangasexplosion auf Mülldeponie)
- Schutz des Eigentums, Erwerbsfreiheit (Gefährdung von Landwirtschaften, Liegenschaften auf Inseln), Art 13 EMRK



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- keine klare Abgrenzung zwischen Abwehransprüchen und Gewährleistungspflichten
- gefordert wird ein fairer Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen des Einzelnen und der Allgemeinheit
- EGMR räumt in Umweltfragen einen weiten Gestaltungsspielraum ein – zT auch schwerwiegende Umweltimmissionen wurden als konventionskonform gewertet
- *Handstanger*: primär eine Kohärenzprüfung, ob ein taugliches Schutzregime im nationalen Recht besteht und ob die (Verfahrens-)Vorschriften dieses Schutzregimes angewendet wurden



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- Gibt es ein Recht auf ökologische Existenzsicherung?
- Kann ein Staat für das Versagen der Staatengemeinschaft belangt werden?  
Wie weit geht die Verantwortung des einzelnen Staates?
- Ab wann ist ein Grundrechtseingriff verwirklicht (Tipping-Points, Unumkehrbarkeit)?
- Wer hat Grundrechtssubjektivität? Wer ist beschwerdelegitimiert?
- örtliche und zeitliche Dimension der Beeinträchtigung



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- in den vergangenen Jahren erfolgreiche Klimaklagen in NL (Urgenda), D (Klimabeschluss des BVerfG) und F (Conseil d'État)
- vor allem dt Klimabeschluss hat EGMR erkennbar beeinflusst
- mehrere Klimaklagen beim EGMR anhängig
- drei Entscheidungen am 9. April 2024: Zurückweisung der Beschwerden des Bürgermeisters von Grande-Synthe und sechs portugiesischer Jugendlicher wegen mangelnder Beschwerdelegitimation
- erfolgreiche Beschwerde des Vereins KlimaSeniorinnen Schweiz



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- Klimaklage von 1.200 Schweizer Klimaseniorinnen
- CH soll die THG-Emissionen so reduzieren, dass es dem „deutlich unter 2°C“-Ziel entspricht; CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel sollte von 20 % auf 25 % gegenüber 1990 angehoben werden
- besonders betroffen iSd Art 25a CH VwVG, weil höhere Sterblichkeit älterer Menschen als Folge des Klimawandels
- BG: Überschreitung von 2 °C Klimaerwärmung erst „in mittlerer bis ferner Zukunft“ – kein aktueller Grundrechtseingriff



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- CO<sub>2</sub>-Gesetz (2000) zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls (1997): THG-Reduktion von 20% ggüber 1990, tatsächlich nur 19 % (Ö: 6,1 %), 2013 – 2020 ø 11 % statt 15,8 %
- 2021 Volksabstimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz: mehrheitlich abgelehnt (48,4 % Zustimmung)
- Teilrevision des bestehenden Gesetzes: Reduktionsziel von jährlich 1,5 % gegenüber 1990 für den Zeitraum 2021-2024
- September 2022 neues KlimaschutzG: Netto-Null-Emissionsziel bis zum Jahr 2050 und Zwischenziele (für die Jahre 2031-2040 ø mind 64 %, bis 2040 mind 75 % und 2041-2050 ø mind 89 %, jeweils gegenüber 1990)
- bei Volksabstimmung im Juni 2023 (59,1 % Zustimmung)



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- natürliche Bf muss
  - durch negative Auswirkungen des Klimawandels mit hoher Intensität belastet sein und
  - es muss ein dringendes Bedürfnis nach individuellem Schutz bestehen
- ein Verband muss
  - rechtmäßig errichtet oder handlungsbefugt sein
  - satzungsgemäßes Ziel haben, die Menschenrechte gegen klimawandelbedingte Bedrohungen zu verteidigen
  - qualifiziert und repräsentativ sein, um betroffene Personen zu vertreten, die aufgrund des Klimawandels Bedrohungen oder Nachteilen auf Leben oder Gesundheit ausgesetzt sind



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- EGMR: bisherige Art 8 EMRK-Rechtsprechung ist auf Klimakrise nicht 1:1 übertragbar
- Recht auf effektiven Schutz vor nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels – positive Schutzpflichten
- CH für 0,1% der weltweiten THG verantwortlich – kein Staat kann sich seiner Verantwortung durch Hinweis auf THG-Emissionen anderer Staaten entziehen (vgl BVerfG)
- hinsichtlich der Ziele bloß ein reduzierter Ermessensspielraum: Staaten sind verpflichtet, innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte Klimaneutralität zu erreichen (vgl BVerfG)
- Künftige Generationen dürfen nicht unverhältnismäßig belastet werden – Zwischenziele nötig (vgl BVerfG)



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- bei der Wahl der konkreten Klimaschutzmaßnahmen ein weiter Ermessensspielraum
- aber: Maßnahmen müssen hinsichtlich des Ziels der Klimaneutralität rechtzeitig, angemessen und kohärent sein
- EGMR entwickelt 5 Kriterien für positive Schutzpflichten



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- Staaten müssen
  - einen verbindlichen Zeitrahmen zur Klimaneutralität und das verbleibende Kohlenstoffbudget zur Quantifizierung der Emissionen bis dahin festlegen
  - Zwischenziele zur THG-Reduktion (aufgegliedert nach Sektoren) festlegen
  - nachweisen, dass sie die Reduktionsziele ordnungsgemäß erfüllen
  - die THG-Reduktionsziele mit der gebotenen Sorgfalt kontinuierlich aktualisieren
  - in ihrer Klimapolitik rechtzeitig und in angemessener und kohärenter Weise handeln
- Beurteilung, ob ein Staat diesen Kriterien entspricht, im Rahmen einer Gesamtbewertung
- Legislative, Exekutive und Judikative müssen die Klimaziele gebührend berücksichtigen



## Grundrechtliche Aspekte der Klimakrise

- relativ knapp begründet: CH Rechtsrahmen entspricht nicht den Kriterien, Wirksamkeit der faktischen THG-Reduktionsmaßnahmen der CH unzureichend
- bis 2024, ab 2031 THG-Zwischenziele – 2025 bis 2030 regulatorische Lücke
- es fehlen im KlimaschutzG konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele
- nationale THG-Emissionen werden weder durch ein Kohlenstoffbudget noch auf eine andere Weise quantifiziert
- CH hat ihr THG-Reduktionsziel für 2020 von 20 % gegenüber dem Jahr 1990 verfehlt
- vgl aber Klimabeschluss BVerfG, VwG Berlin 31. 10. 2019: Schutzpflicht nur verletzt, wenn getroffene Maßnahmen „gänzlich ungeeignet und völlig unzureichend“ sind





## Konsequenzen für Österreich

- KSG hat keinen Anwendungsbereich mehr – kein nationaler Reduktionspfad ab 2020
- LastenteilungsVO enthält weder eine Aufteilung nach Sektoren noch ein Kohlenstoffbudget
- NEKP: 13% Lücke zum Reduktionsziel 2030
- relativ eindeutig, dass der österreichische Rechtsrahmen nicht konventionskonform ist
- aber: VfGH kann die Untätigkeit des Gesetzgebers nicht wirksam aufgreifen
- Klimaklage gegen Österreich beim EGMR anhängig; darin wird ua eine Verletzung des Rechts auf eine wirksame Beschwerde gem Art 6 iVm Art 8 EMRK geltend gemacht



## Konsequenzen für EU

- Absicherung des European Green Deals – Aufweichung der EU-Klimaziele mE kaum mehr möglich
- Abgehen vom Ziel der Klimaneutralität bis 2050 mit GRC nicht vereinbar
- einzelne Bausteine der EU-Klimapolitik (Ende des Verbrennungsmotors ab 2035) nur dann aufgegeben, wenn das nicht verwirklichte Treibhausgas-Reduktionspotenzial durch andere Maßnahmen in gleichem Ausmaß wieder eingespart wird
- Beschwerde gg CH führt so zur Absicherung der Klimapolitik der EU



## Worüber wir diskutieren können...

- Wie weit geht die evolutive Auslegung des EGMR?
- Missachtet der EGMR mit seinen konkreten Vorgaben die Gewaltenteilung?
- Ist das österreichische Rechtsschutzsystem noch EMRK-konform?
- Wie steht es um die Akzeptanz von Urteilen des EGMR?
- Hat das Urteil den Klimaschutz insgesamt gestärkt?

### Literaturempfehlungen:

*Hollaus*, Das Urteil des EGMR im Fall KlimaSeniorinnen, JBl 2024, 485

*Hofer*, EGMR erkennt positive Klimaschutzpflichten an, RdU 2024, 136

*Ennöckl/Handig/Polzer/Rathmayer/Vouk*, KlimaSeniorinnen erkämpfen Recht auf Klimaschutz vor dem EGMR, ÖJZ 2024, 624



**Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!**

**Univ.-Prof. Dr. Daniel Ennöckl, LL.M.**

BOKU University

Institut für Rechtswissenschaften

Feistmantelstraße 4, 1180 Wien

daniel.ennoeckl@boku.ac.at